



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2019

**Die Frage der Seenotrettung ist Teil eines vollkommen ungelösten Problems:
Im Fall des Rettungsschiffes "Sea-Watch 3" ortet der Zürcher
Völkerrechtsprofessor Oliver Diggelmann Rechtsbrüche auf beiden Seiten
(Interview)**

Diggelmann, Oliver ; Spallinger, Andrea

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-178837>
Newspaper Article

Originally published at:

Diggelmann, Oliver; Spallinger, Andrea. Die Frage der Seenotrettung ist Teil eines vollkommen ungelösten Problems: Im Fall des Rettungsschiffes "Sea-Watch 3" ortet der Zürcher Völkerrechtsprofessor Oliver Diggelmann Rechtsbrüche auf beiden Seiten (Interview). In: Neue Zürcher Zeitung, 3 July 2019, 3.

«Die Frage der Seenotrettung ist Teil eines vollkommen ungelösten Problems»

Im Fall des Rettungsschiffes «Sea-Watch 3» ortet der Zürcher Völkerrechtsprofessor Oliver Diggelmann Rechtsbrüche auf beiden Seiten

Herr Diggelmann, die deutsche Kapitänin der «Sea-Watch 3» behauptet, aus einer Notlage heraus gehandelt zu haben, und das Seerecht sei auf ihrer Seite. Italiens Behörden werfen ihr Gewalt gegen ein Kriegsschiff und Förderung illegaler Immigration vor. Was sagt das Seerecht? Die Rechtslage ist nicht eindeutig und sehr unbefriedigend. Es gibt eine Pflicht zur Seenotrettung, auf die sich die Kapitänin beruft. Diese wurde aber nicht für Situationen geschaffen, in denen sich Tausende von Menschen auf seuntauglichen Booten bewusst in Lebensgefahr bringen. Italien muss Gerettete zudem nicht an Land lassen, solange sie auf dem Schiff sicher sind. Einer der Streitpunkt ist aber: Wie lange ist ein Schiff sicher? Nach bekannter Faktenlage ist die erzwungene Einfahrt auf Lampedusa eindeutig nicht vom Völkerrecht gedeckt.

Weshalb ist das internationale Recht in einer so dramatischen Situation so uneindeutig? Fehlt ein klarer Regelungswille in Bezug auf Rettungen? Wir müssen den Gesamtkontext sehen. Die Frage der Seenotrettung ist Teil eines vollkommen ungelösten Makroproblems unserer Zeit, der Migration über riesige Wohlstandskanten in die Industrieländer. Es fehlt jeder Konsens der Staaten, wie sie damit umgehen wollen. Wenige Themen wecken solche Leidenschaft. Die radikal unterschiedlichen Vorstellungen von einer Lösung spiegeln sich auch in den oft unendifferenzierten Behauptungen in Bezug auf das Völkerrecht. Wie könnte eine sehr spezifische Regel für in Seenot Geratene denn auch eine Antwort auf ein Problem dieser Dimension enthalten?

Italien hat kürzlich ein Gesetz verabschiedet, gemäss dem Schiffe mit Migranten an Bord nicht mehr ohne Erlaubnis in seine Gewässer fahren dürfen. Widerspricht dies internationalem Recht? Sehen wir von der Situation einer unmittelbaren Gefahr für Leib oder Leben einmal ab: Italien darf dies im Grundsatz. Das Völkerrecht kennt zwar ein sogenanntes Recht der friedlichen Durchfahrt, aber kein Recht auf Hafeneinfahrt. Rettungsschiffe von NGO wollen aber in den Hafen. Begrenzt ist die Regelungsfreiheit der Staaten bei Lebensgefahr. Solange der Notfall aber an Bord behoben werden kann, ver-



Ein Flüchtling harret an Bord der «Sea-Watch 3» vor der Küste von Lampedusa aus.

NICK JAUSS/REUTERS

schaft das Völkerrecht nicht das Recht, an Land zu gehen.

Inwieweit kann ein Staat Schiffen verbieten, in seine Gewässer zu fahren, oder seine Häfen für diese schliessen?

Er kann jede Durchfahrt verbieten, die nicht «friedlich» im Sinne des Seerechts ist. Und das ist bei ernsthaften Verstössen gegen das staatliche Immigrationsrecht und bei Widerstand gegen die Staatsgewalt der Fall. Liegt ein solcher Verstoß vor, darf das Schiff vom Küstenstaat verfolgt und gewaltsam gestoppt werden.

Italiens Innenminister und andere Kritiker privater Hilfsorganisationen werfen diesen vor, als Schlepper zu wirken und sich krimineller Handlungen schuldig zu machen. Ist dies gerechtfertigt?

Wer in fremden Küstengewässern nach Bootsmigranten Ausschau hält und sie in die Hoheitsgewässer eines anderen Staates

bringt, verletzt nationale Migrationsgesetze. Er leistet damit Beihilfe zum Rechtsbruch. Dieser ist jedoch nicht strafbar, wenn er ein höheres Rechtsgut schützt. Etwa, wenn ein Ertrinkender gerettet wird. Die Situation liegt aber anders, wenn ein privates Schiff Personen aus Schlauchbooten aufnimmt und ihnen hilft, in die Hoheitsgewässer von Industriestaaten zu gelangen. Die Abgrenzung ist im Einzelfall extrem schwierig, und doch sind die Situationen zu unterscheiden.

Italien und die EU haben mit Libyen ein Abkommen geschlossen, gemäss dem die libysche Küstenwache Migrantenboote abfangen soll. Dadurch wurde die Zahl der Ankünfte drastisch reduziert. Wie ist dieser Vertrag aus völkerrechtlicher Sicht zu beurteilen?

Das Abkommen hält vor dem Völkerrecht wegen der prekären Menschenrechtssituation in Libyen eindeutig nicht

stand. Zum einen wegen der Lage in den Flüchtlingscamps, zum anderen wegen des Problems sogenannter Kettenrückführungen. Wenn ein verfolgter Somalier nach Libyen zurückgebracht und von dort nach Somalia abgeschoben und dann gefoltert wird, so verletzt Italien damit das Refoulementverbot. Dieses ist durch die Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) garantiert. Es gibt allerdings eine paradoxe Konsequenz dieser strategischen Völkerrechtsverletzung, welche die Situation noch komplizierter macht. Italiens schlechtes Image als Aufnahme- und Verhörerstaat hat tatsächlich viele von der Überfahrt abgehalten und so Menschenleben teilweise sogar «gerettet». Diese perverse Logik strategischer Menschenrechtsverletzungen hat auch damit zu tun, dass Europa die EU-Mittelmeeranrainer im Stich lässt. Diese Situation ist meiner Meinung nach ein gewichtiges Argument

für eine gesamteuropäische Strategie mit fairer Lastenverteilung, wie sie schon länger diskutiert wird – im Rahmen eines fortentwickelten Dublin-Systems, unter Einschluss der Schweiz wohl gemerkt.

Auch private Helfer oder Handelsschiffe, die Migranten retten, erhalten von der italienischen Küstenwache heute die Anweisung, diese nach Libyen zurückzuführen. Damit verstösst Italien also ebenfalls gegen internationales Recht? Ja. Auch wenn die italienische Küstenwache ausserhalb der eigenen Hoheitsgewässer handelt, ist sie an das Flüchtlingsrecht und die EMRK gebunden. Italien weiss das natürlich. Der gezielte Rechtsbruch soll den Druck auf die EU erhöhen, Rom mehr zu unterstützen.

Italien fühlt sich durch den enormen Zustrom der letzten Jahre überfordert und argumentiert, dass es nicht jeden aufnehmen könne, der übers Mittelmeer komme. Gäbe es andere juristische Mittel, die Ankünfte zu stoppen?

Eine gemeinsame europäische Migrationspolitik im Mittelmeerraum könnte im günstigen Fall Anreize setzen, dass die Migranten die Gefahren einer Überfahrt nicht mehr auf sich nehmen. Der heutige Wettbewerb der EU-Mittelmeeranrainer um den Titel des unattraktivsten Ziellandes hingegen trägt zu einer Situation bei, die immer wieder zu Tragödien führt. Sie empört zu Recht und steht in offenem Widerspruch zum europäischen Nachkriegserbe. Es steht für mich ausser Zweifel, dass an einem fairen europäischen Lastenausgleich auf Dauer kein Weg vorbeiführt.

Interview: Andrea Spalinger, Rom

Rackete kommt frei

(dpa) · Die Kapitänin der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch, Carola Rackete, kommt wieder frei. Ein italienischer Ermittlungsrichter hat den Hausarrest gegen die 31-Jährige am Dienstagabend aufgehoben, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtet. Italiens Innenminister Matteo Salvini erklärte gleichzeitig, die Ausweisung von Carola Rackete sei vorbereitet. Sie stelle eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar.

Ein etwas unverhoffter Triumph für Merkel

Mit der Nominierung von Ursula von der Leyen hat sich die Bundeskanzlerin doch noch durchgesetzt

BENEDICT NEFF, BERLIN

Am Dienstagabend wurde die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur EU-Kommissions-Präsidentin nominiert. Das war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten Mal seit 52 Jahren könnten die Deutschen wieder den Kommissionspräsidenten stellen, und zum ersten Mal könnte eine Frau das Amt übernehmen. Noch am Montagabend hat auf diesen deutschen Coup nichts hingewiesen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel musste sich im Gegenteil viel Kritik gefallen lassen, als sie in zähen Verhandlungen den EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber fallen liess und stattdessen eine Lösung mit dem sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Frans Timmermans anstrebte. Doch dieses Planspiel gefiel den Visegrad-Staaten nicht, und so war Merkels Bilanz nach dem ersten Verhandlungstag katastrophal: sie schien ihren Landsmann und Parteikollegen Weber geopfert zu haben und mit ihren Plänen doch nicht durchgekommen zu sein. Nun sei Merkel auch in der Aussenpolitik wir-

kungslos geworden, konnte man in deutschen Medien lesen.

Internes soll intern bleiben

Am Dienstag ging Merkel doch als Siegerin vom Platz, wenn auch eher unverhofft, denn vermutlich war es nicht einmal sie, die von der Leyen am meisten portiert hat. «Ich habe mich nicht dagegen gewehrt, dass ein deutscher Vorschlag auf den Tisch kam», sagte Merkel an einer Pressekonferenz in Brüssel. Wie man sich auf von der Leyen einigte, die im Europawahlkampf keine Rolle spielte? «Jetzt wollen wir aus den internen Dingen nicht öffentlich berichten, das ist guter Brauch», sagte Merkel. Wenn die Bundeskanzlerin triumphierte, dann höchstens in aller Stille. Der Vorschlag, von der Leyen als Kommissionspräsidentin zu nominieren, soll vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron gekommen sein, heisst es. Ganz so passiv, wie Merkel vorgab, dürfte sich Deutschland in diesem Prozess aber nicht verhalten haben. Zur tragischen Figur wird Manfred Weber.

Eine Bizarrie der Nominierung ist, dass von der Leyen die Stimmen aller Staaten ausser von Deutschland erhalten hat. Merkel musste sich ihrer Stimme enthalten, weil der sozialdemokratische Koalitionspartner sein Veto einlegte. Der ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz sagte im «Spiegel», von der Leyens Nominierung sei «ein Sieg von Viktor Orban und den Osteuropäern». Regierungschefs wie Merkel und Macron würden in Hinterzimmern etwas ausdealen und damit das Europäische Parlament vorführen. Von der Leyen nannte er «die schwächste Ministerin der Bundesregierung».

Innenpolitisch angeschlagen

Wenn die Deutsche gewählt wird, dürfte es aber bald niemanden mehr interessieren, wie die Wahl zustande gekommen ist. Von der Leyen war letztlich die Kandidatin, auf die sich so unterschiedliche Politiker wie Macron und Orban einigen konnten. Gerade weil es so schwierig ist, eine Kandidatin zu finden, die dieses Kunststück fertigbringt, dürfte sie das

Parlament, wenn auch unter Murren, letztlich bestätigen. Im Wissen, dass eine Ablehnung von der Leyens die EU in eine ernsthafte Blockade führen könnte.

Von der Leyen ist auch eine durchaus passable Kandidatin. Die siebenfache Mutter ist in Brüssel geboren und aufgewachsen. Sie hat ein sicheres und weltläufiges Auftreten, spricht gut Englisch und kann präsentieren. Bei ihren Ressortwechseln in der deutschen Politik hat sie bewiesen, dass sie sich schnell in neue Themengebiete einarbeiten kann. Als Ministerin war sie in allen Merkel-Kabinetten vertreten, sie gilt als deren enge Vertraute, und lange wurde sie auch als mögliche Bundeskanzlerin gehandelt.

Davon war in den letzten paar Jahren aber kaum mehr die Rede, ihre Karriere kam wegen verschiedener Affären ins Stocken: Plagiatsvorwürfe gegen ihre Doktorarbeit, eine unglückliche Kommunikation im Fall «Franco A.», die exzessive Verwendung externer Beratungsunternehmen wie McKinsey. Der Gang nach Brüssel wäre für von der Leyen auch ein Gang aus der innenpolitischen Sackgasse.

ANZEIGE

SWISS  ROCK

INVESTIEREN SIE,

WO PASSIV INVESTIEREN
SCHNEE VON GESTERN IST.

Wissenschaftlich fundierte Anlagekompetenz über 6000 Aktien und 21 000 Obligationen. www.swiss-rock.ch